

Stellungnahme zum neuen Raumordnungsplan nicht im Kreistag

Kreisausschuß lehnt alle Änderungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen ab  
(Pressemitteilung zur Raumplanung im Kreis Ahrweiler)

Landrat Dr. Pföhler hat den Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis 980/Die Grünen, die Stellungnahme des Kreises zum neuen regionalen Raumordnungsplan im Kreistag zu behandeln, abgelehnt. Es bleibt bei der im Kreisausschuß beschlossenen Stellungnahme, die nach Auffassung der Grünen wichtige raumordnerische Ziele nicht berücksichtigt. In ihrem Antrag zur Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung hatten sich die Grünen auf die grundsätzliche Bedeutung des Raumordnungsplanes berufen und die gerade einwöchige Vorbereitungszeit bis zur Sitzung des Kreisausschusses als nicht ausreichend für die Weichenstellung der Bauleitplanung der Kommunen in den nächsten 10 - 15 Jahren erachtet.

„Der Landrat hat sich an die von ihm jetzt angeführte Hauptsatzung auch nicht gestört, als er seinerzeit den Kreistag zur Bühne seines Schaukampfes gegen die Vogelschutzrichtlinie erkor“, erinnern Die Grünen im Ahrweiler Kreistag. Auch damals handelte es sich um eine planerische Stellungnahme, die der Landrat jetzt ausschließlich dem Kreisausschuß vorbehalten will.

Alle Änderungsanträge, die Wolfgang Schlagwein kurzfristig im Kreisausschuß vortrug und erläuterte, wurden letztlich mit den Stimmen der CDU-Mehrheit ohne weitergehende Beratung abgelehnt. Die Änderungswünsche der Grünen bezogen sich u.a. auf den Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs bei den weiteren Verkehrsplanungen, höhere Anforderungen an die Ausweisung neuer Siedlungsflächen im Außenbereich oder verbindliche Aussagen zum Abbau der klimatischen Belastungen in den Tallagen von Rhein und Ahr.

Die durchgehende Ablehnung solcher verbindlicher Ziele im Raumordnungsplan ohne tiefere Beratung hat deutlich gemacht, wie im Kreis Ahrweiler die Koordinierung gemeindlicher Planungen regelmäßig scheitert.

Die unverbindlichen Formulierungen werden damit nach Einschätzung der Grünen auch in Zukunft kaum Selbstbindung der Gemeinden entfalten, die Gemeinden sich statt dessen weiterhin in wichtigen Planungen gegenseitig den Rang abzulaufen suchen.

„Wer im Kreisausschuß erlebt hat, wie jegliches Planungsanliegen auf das Niveau unverbindlicher Erklärungen und Vorschläge reduziert bzw. gehalten wurde, muß sich fragen, warum wir uns überhaupt eine teure regionale Planungsgemeinschaft leisten und der Kreis überhaupt eine Stellungnahme zum Entwurf des regionalen Raumordnungsplanes abgibt“, so das erste Fazit von Wolfgang Schlagwein. Wohin das derzeit im Kreis führt, lasse sich bei den ausufernden Baulandausweisungen beobachten, mit denen einzelne Gemeinden im Kreis sich gegenseitig zu übertrumpfen versuchen.

Landrat und CDU-Mehrheit im Kreisausschuß haben jedenfalls gestern eindrucksvoll dokumentiert, daß sie zwischen kommunaler Planungshoheit und unbeschränkter Planungsfreiheit nicht zu unterscheiden vermögen, so Schlagwein.

„Der Landrat brüskierte selbst bescheidenste Ansätze von Planungsbemühen der im Ahrweiler Kreishaus angesiedelten Landesplanungsbehörde, als er die in der planerischen Stellungnahme der Kreisverwaltung vorgeschlagene Grünzäsur zwischen Dernau und Rech als ‚redaktionellen Fehler‘ erklärte, die dann prompt aus der an die Mitglieder des Kreisausschusses versandten Stellungnahme wieder gestrichen wurde“.

Mit Grünzäsuren will die Regionalplanung verhindern, daß einzelne Orte allmählich in einen nicht mehr unterscheidbaren Siedlungsbrei zusammenwachsen.